
Publication by an MPICC researcher

Oberwittler, D. (2018). Anomie. In J. Kopp, & A. Steinbach (Eds.), *Grundbegriffe der Soziologie*, 12. Aufl. (pp. 13-16). Wiesbaden: Springer VS.

Max Planck Institute for Foreign and International Criminal Law Freiburg | www.mpicc.de

The original publication is available at the publisher's web site: https://doi.org/10.1007/978-3-658-20978-0_4

Anomie

Dietrich Oberwittler

Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Strafrecht, Abt.
Kriminologie, Freiburg

erscheint in:

Kopp, Johannes / Steinbach, Anja (Hg.) (2018):

Grundbegriffe der Soziologie (12. Auflage). Wiesbaden: Springer VS

S. 13-16

Print ISBN 978-3-658-20977-3; Online ISBN 978-3-658-20978-0

DOI: 10.1007/978-3-658-20978-0_4 / 10.1007/978-3-658-20978-0_92

d.oberwittler@mpicc.de

<https://www.mpicc.de/de/home/oberwittler.html>

Anomie

Der aus dem Griechischen entlehnte Begriff (a-nomos) bezeichnet wörtlich den Gegensatz oder die Abwesenheit von Gesetz und Ordnung und wurde von Emile Durkheim zur Analyse sozialer Probleme, insbesondere abweichenden Verhaltens (□ Verhalten, abweichendes), in Folge gesellschaftlicher Modernisierung verwendet. Seine weitere Verwendung in der Soziologie wurde maßgeblich von Robert K. Merton geprägt, der A. mit den Folgen sozialstruktureller Ungleichheit in Verbindung brachte. Für die Kriminalsoziologie und Gewaltforschung ist A. bis heute ein wichtiger Begriff geblieben. Sowohl bei Durkheim als auch bei Merton ist A. eine Eigenschaft der Makroebene von Gesellschaften, während entsprechende individuelle Wahrnehmungen häufig als „Anomia“ bezeichnet werden. Unter diesem Begriff wird in der Umfrageforschung jedoch eher politische Entfremdung und Machtlosigkeit gemessen.

In seinem Buch „Über soziale Arbeitsteilung“ (1977, 421; vgl. Thome 2004) erörtert Durkheim kritische Folgen des sozialen Wandels für den gesellschaftlichen Zusammenhalt. Der Prozeß der Loslösung der Menschen aus traditionellen und kollektiven Bindungen und eine erzwungene Arbeitsteilung im Industriekapitalismus könnten im Extremfall eine Zerstörung der Solidarität und einen Mangel an Regulierungen bewirken, infolgedessen die Menschen nur noch ihren Eigeninteressen folgten. Eine Regulierung hielt Durkheim besonders in Hinblick auf unerfüllbare Ansprüche auf materiellen Wohlstand für notwendig. Die Gefahr der Regellosigkeit sah Durkheim in der Industriegesellschaft grundsätzlich gegeben, ganz besonders aber während Phasen beschleunigten sozialen Wandels und auch starken wirtschaftlichen Wachstums. In seiner „Selbstmord“-Studie führte er dazu aus: „Wegen des steigenden Wohlstands steigen auch die Bedürfnisse. Sie werden angestachelt durch die reichere Beute, die ihnen vorgehalten wird, und die althergebrachten Regeln verlieren ihre Autorität, weil man ihrer überdrüssig ist. Der Zustand der gestörten Ordnung oder Anomie wird also dadurch noch verschärft, dass die Leidenschaften zu einem Zeitpunkt, wo sie einer stärkeren Disziplin bedürfen, weniger diszipliniert

13

14

sind.“ (Durkheim 1983, 289). Für Durkheim war nicht Armut das Problem, sondern Wohlstand, der Begehrlichkeiten weckt und doch niemals gerecht verteilt werden kann. Das rücksichtslose Gewinnstreben vieler Investmentbanken, das die große Finanzkrise von 2007 mit verursacht hat,

kann ebenso als Paradebeispiel anomischen Verhaltens gelten (Will et al. 2012), wie der starke Anstieg der Mordraten in Russland nach dem Zusammenbruch des Kommunismus zurecht als Folge einer Regellosigkeit durch schnellen sozialen Wandel interpretiert wurde (Pridemore 2006). Durkheim diente das A.-Konzept jedoch vorrangig der Erklärung steigender Selbstmordraten, während er für Mordraten andere Erklärungsansätze bevorzugte (und Bereicherungskriminalität nicht in die Analyse einbezog). Sein Analyseschema gilt aufgrund hoher Komplexität mit den beiden Hauptachsen Integration und Regulation und der Annahme gewaltsteigender Effekte an allen vier Extrempolen dieser Achsen als wenig konsistent und empirisch schlecht überprüfbar (Adler/Laufer 1995; Bohle et al. 1997). Trotzdem beeinflusst Durkheims A.-Konzept bis heute Soziologen, die sich mit der Entwicklung der Gewaltdelinquenz (Thome/Birkel 2007) und mit Desintegrationstendenzen (Heitmeyer/Imbusch 2012) einschließlich des Rechtsextremismus (Rippl/Baier 2005) als Folge gesellschaftlicher Modernisierung befassen.

Robert K. Merton griff Durkheims Grundgedanken der Regulierung materieller Ansprüche in seinem 1938 veröffentlichten Aufsatz „Social Structure and Anomie“ auf und fragte „how some social structures exert a definite pressure upon certain persons in the society to engage in nonconformist rather than conformist conduct.“ (Merton 1938, 672; Hervorhebung i.O.). Der Druck entstehe durch das Spannungsverhältnis zwischen kulturell vorgegebenen Zielen („cultural goals“) – in den USA vor allem materieller Reichtum als Symbol des sozialen Aufstiegs – und der Unmöglichkeit für viele Menschen, diese Ziele angesichts sozialstruktureller Ungleichheiten mit legalen Mitteln („institutional norms“) tatsächlich erreichen zu können. Als eine von mehreren nicht-konformen Anpassungsformen nannte Merton Kriminalität, die er (wiederum in Anlehnung an Durkheim) als „Innovation“ bezeichnete; als alternative Adaptionsformen beschrieb er Apathie, Ritualismus und Rebellion, ließ jedoch offen, welche individuellen Faktoren über die Wahl dieser Anpassungsformen entscheiden.

Bis in die 1960er Jahre bildete Mertons A.-Konzept einen maßgeblichen Theorieansatz – teils ergänzt um Elemente der Subkulturtheorie - zur Erklärung höherer Kriminalitätsraten der Unterschichten in westlich-kapitalistischen Gesellschaften. Im Gegensatz zu Durkheims A.-Konzept eignete sich Mertons Version besser zur Erklärung des Zusammenhangs von Armut und Kriminalität und wurde insbesondere in der Jugenddelinquenzforschung häufig angewendet, wenn auch empirisch nicht gut bestätigt (Albrecht/Howe 1992; Engel/Hurrelmann 1994).

Die makrosoziologische Perspektive auf A. als eine Eigenschaft von Gesellschaften wird in der von Steve Messner und Richard Rosenfeld (2012) formulierten „Institutional A. Theory“ erneut aufgegriffen und weiter ausgearbeitet. Demnach unterscheiden sich Gesellschaften in der Machtbalance zwischen ökonomischen und nicht-ökonomischen Institutionen. Je mehr marktwirtschaftliche, auf materiellem Selbstinteresse und Konkurrenz ausgerichtete Prinzipien dominieren, und je mehr „the logic of the marketplace intrudes to other realms of social life“ (Messner 2004: 99), desto stärker ist der anomische Druck, der Kriminalität wahrscheinlicher macht. Länder, in denen starke wohlfahrtsstaatliche Unterstützungssysteme das marktliberale Wirtschaftssystem eindämmen und die Menschen durch „Dekommodifizierung“ (Esping-Anderson 1990) vor den Risiken des Konkurrenzprinzips geschützt werden, haben demnach niedrigere Kriminalitätsraten zu erwarten. Empirische Tests der Institutional A. Theorie haben jedoch höchstens partielle Bestätigungen erbracht (Hirtenlehner et al. 2010). Auch wenn die sozialen Mechanismen im Unklaren bleiben, so bestätigen empirische Studien jedoch immer wieder, dass Gesellschaften mit größerer sozialer Ungleichheit (□ Ungleichheit, soziale) unter einer höheren Belastung mit Gewaltkriminalität leiden.

Literatur

Freda Adler/William S. Laufer, (Hrsg.), The Legacy of Anomie Theory. New Brunswick, NJ, 1995; Günter Albrecht/Carl-Werner Howe, Soziale Schicht und Delinquenz. Verwischte Spuren oder falsche Fährte? Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 44 (1992), 697-730; Hans Hartwig Bohle/Wilhelm Heitmeyer/Wolfgang Kühnel/et al. Anomie in der modernen Gesellschaft: Bestandsaufnahme und Kritik eines klassischen Ansatzes soziologischer Analyse. In W. Heitmeyer (Hg), Was treibt die Gesellschaft auseinander? Frankfurt am Main 1997, 29-65; Emile Durkheim, Der Selbstmord. Frankfurt am Main 1983; Emile Durkheim, Über soziale Arbeitsteilung. Studie über die Organisation höherer Gesellschaften. Frankfurt am Main 1977; Uwe Engel/Klaus Hurrelmann, Was Jugendliche wagen: Eine Längsschnittstudie über Drogenkonsum, Streßreaktion und Delinquenz im Jugendalter. Weinheim/München 1994; Gösta Esping-Anderson, The Three Worlds of Welfare Capitalism. Cambridge 1990; Wilhelm Heitmeyer/Peter Imbusch (Hg.), Desintegrationsdynamiken. Wiesbaden 2012; Helmut Hirtenlehner/Johann Bacher/Dietrich Oberwittler/et al., Kultur, Institutionen und Kriminalität.

Eine Prüfung der Institutionellen Anomietheorie mit Viktimisierungsdaten aus Europa. In: Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 93 (2010), 274-299; *Robert K. Merton*, Social Structure and Anomie. *American Sociological Review* 3(1938), 672-682; *Steven F. Messner*, An Institutional-Anomie Theory of Crime: Continuations and Elaborations in the Study of Social Structure and Anomie. In: Dietrich Oberwittler/Susanne Karstedt (Hg), *Soziologie der Kriminalität (Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 43)*, Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 93-109; *Steven F. Messner/Richard Rosenfeld*, *Crime and the American Dream*, Belmont, CA 2012; *William A. Pridemore/Sang-Weon Kim*, Democratization and Political Change as Threats to Collective Sentiments: Testing Durkheim in Russia. *Annals of the American Academy of Political and Social Science* 605 (2006), 82-103; *Susanne Rippl/Dirk Baier*, Das Deprivationskonzept in der Rechtsextremismusforschung. Eine vergleichende Analyse. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie* 57 (2005), 644-666; *Helmut Thome*, Theoretische Ansätze zur Erklärung langfristiger Gewaltkriminalität seit Beginn der

15

16

Neuzeit, in: *Wilhelm Heitmeyer/Hans-Georg Soeffner* (Hg), *Gewalt: Entwicklungen, Strukturen, Analyseprobleme*. Frankfurt am Main 2004, 315-345; *Helmut Thome/Christoph Birkel*, *Sozialer Wandel und die Entwicklung der Gewaltkriminalität. Deutschland, England und Schweden im Vergleich, 1950 bis 2000*. Wiesbaden 2007; *Susan Will/Steven Handelman/David Brotherton* (Hg), *How They Got Away with it: White Collar Criminals and the Financial Meltdown*. New York 2012.